

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Gesetz zur Aufhebung der Tourismusabgabe

I. Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktion der CDU, Gesetz zur Aufhebung der Tourismusabgabe, vom 18. Juli 2012, Drucksache 18/530, in ihrer 26. Sitzung am 13. September 2012 beraten, die erste Lesung des Gesetzesantrags unterbrochen und ihn an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Die Beratung des Gesetzesantrags fand in der 17. Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses am 16. November 2012 statt. Der Gesetzesantrag ist mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Stimme der Abgeordneten Kristina Vogt (DIE LINKE) gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU abgelehnt worden.

II. Antrag und Beschlussempfehlung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, das Gesetz zur Aufhebung der Tourismusabgabe, Drucksache 18/530, abzulehnen.

Gabriela Piontkowski
(Vorsitzende)